BREMISCHE BÜRGERSCHAFT Landtag 21. Wahlperiode

11.04.2024

12

Anfrage in der Fragestunde der Fraktion der FDP

Titel: Nachfragen zu Nebenjobs von Bremer Staatsräten

Wir fragen den Senat:

- 1. Welchen sachlichen Grund hat die vom Senat nach Art. 113 Abs. 2 Landesverfassung getroffene Entscheidung, dass ein Mitglied des Senats Aufsichtsratsmitglied im international agierenden Unternehmen ArcelorMittal werden darf?
- 2. Inwieweit sieht der Senat eine Interessenkollision angesichts künftiger von der Bremer Verwaltung zu treffender Entscheidungen zum Bremer Stahlwerk sowie der Zusage zu Subventionszahlungen in dreistelliger Millionenhöhe einerseits und der Treuepflicht sowie der Verschwiegenheitspflicht eines Aufsichtsratsmitglieds eines privat wirtschaftenden Unternehmens andererseits?
- 3. Ist für den betroffenen Staatsrat künftig eine Teilzeitregelung als Staatsrat geplant, damit er seiner Aufsichtsratstätigkeit vollumfänglich nachkommen kann und sich ggf. beruflich weiterentwickeln kann?

Thore Schäck und die Fraktion der FDP